

Vorzeitig für Berufsmatura lernen

Die Luzerner Regierung will der Berufsbildung in der dritten Oberstufe mehr Gewicht geben.

Alexander von Däniken

Gefragt sind mehr Berufsleute mit eidgenössischem Fähigkeitsausweis: Das hat der KMU- und Gewerbeverband des Kantons Luzern (KGL) kürzlich eindrücklich dargelegt – anhand einer Umfrage unter seinen Mitgliedern und mit einer bei der Hochschule Luzern in Auftrag gegebenen Studie. Gemäss dieser ist der Fachkräftemangel nur noch im Kanton Graubünden ausgeprägter als hier (Ausgabe vom 15. November).

Eine mögliche Erklärung für den Mangel an «regulären» Arbeitskräften ist laut dem KGL, dass viele schulisch starke Jugendliche ans Gymnasium wechseln, sich also für den akademischen Weg entscheiden. Tatsächlich ist die Gymi-Quote auf derzeit 21 Prozent gestiegen. Gerade einmal 831 Jugendliche haben dieses Jahr die Berufsmatura-Ausbildung begonnen – 23 weniger als im Vorjahr.

95 Prozent der 25-Jährigen haben Sek-II-Abschluss

Der Regierungsrat will primär an einer anderen Quote schrauben: Nämlich am Anteil der 25-Jährigen, die einen Ab-

schluss auf Sekundarstufe II aufweisen – also entweder die gymnasiale Matura oder einen Lehrabschluss vorweisen können. Diese Quote liegt derzeit bei 95 Prozent, was dem nationalen Ziel entspricht.

«Dass nun konkrete Massnahmen geplant werden, ist der richtige Schritt.»



Gaudenz Zemp
Direktor Gewerbeverband Luzern und FDP-Kantonsrat

Allerdings gibt es «Zielgruppen, die noch weit darunter sind», schreibt die Regierung nun in einer Stellungnahme zu einem Postulat. Angestrebt werde darum eine Quote von 98 Prozent. «Leistungswillige wie auch

Berufliche Orientierung als Teil des Lehrplans

Der Lehrplan 21 sieht im Kanton Luzern in der Oberstufe die berufliche Orientierung vor. Diese ist in folgende vier Kompetenzbereiche gegliedert: Die Schüler können ihr **Persönlichkeitsprofil** beschreiben und nutzen. Sie können sich mit Hilfe von Informations- und Beratungsquellen einen Überblick über das schweizerische **Bildungssystem** verschaffen, einen persönlichen Bezug zur Arbeitswelt herstellen und Schlüsse für ihre Bildungs- und Berufswahl ziehen.

Ferner können die Schüler Prioritäten setzen, **sich entscheiden** und zugleich gegenüber Alternativen offenbleiben. Und sie können ihren **Übergang vorbereiten** und den Berufswahlprozess dokumentieren. (avd)

schulmüde Lernende sollen angemessen gefördert werden», schreibt der Luzerner Regierungsrat weiter.

Um das zu erreichen, will der Regierungsrat das neunte Schuljahr reformieren – und empfiehlt dem Kantonsparlament, das Postulat erheblich zu erklären. Dieses stammt von Gewerbeverband-Direktor und FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp (St. Niklausen).

Einzelcoachings und Praktika

Konkret will der Regierungsrat ein Konzept mit folgenden Massnahmen erarbeiten: Vorgezogener Berufsmaturaunterricht für leistungsstarke Schüler ab 2021, individuelle Lernstunden, persönlicher Arbeitsplatz, Integrieren der Hausaufgaben, Einzelcoaching mit Begleitung der Jugendlichen, ausserschulische Arbeitspraktika (freiwillig für alle, Pflicht für «schulmüde/schulrenitente» Lernende) sowie gezieltes Vorbereiten der Neuntklässler auf die entsprechenden Anschlusslösungen in Zusammenarbeit mit den Berufsfachschulen.

Im Allgemeinen soll die Nahtstelle zwischen Sekundar-

schule und Berufsbildung verbessert werden. Da zum Teil bereits entsprechende Konzepte vorliegen, sei eine zeitnahe Realisierung der Massnahmen möglich.

Zemp: «Potenzial im neunten Schuljahr ist gross»

Gaudenz Zemp ist froh, dass der Regierungsrat sein Postulat unterstützt: «Gerade im neunten Schuljahr ist das Potenzial für Anpassungen gross. Allerdings gilt es gleichzeitig auch im Auge zu behalten, dass die Individualisierung im Unterricht nicht übertrieben wird.»

Dass die Berufsmatura gezielter in die Volksschule integriert werden soll, sei ein wichtiger Schritt – auch im Hinblick auf die vom KGL geforderten, gleich langen Spiesse mit dem gymnasialen Weg: «Der Regierungsrat hat bereits erklärt, dass er eine Gymi-Quote von 19 Prozent anstrebt. Dass nun konkrete Massnahmen geplant werden, ist der richtige Schritt.»

Im Übrigen hätten sich auch schon die Universität und die Hochschule Luzern aus Qualitätsgründen gegen zu hohe Gymi-Quoten ausgesprochen, sagt Zemp abschliessend.